



8. November 2016

Endredaktion: Thomas Mayer

UNBEGRÜNDETE ANGSTMACHEREI VON ECONOMIESUISSE ZUR VOLLGELD-INITIATIVE

Entgegnung des Initiativkomitees der Vollgeld-Initiative zur Kritik von Economiesuisse

Das Initiativkomitee der Vollgeld-Initiative hat mit Erstaunen die Ablehnung der Vollgeld-Initiative durch economiesuisse zur Kenntnis genommen, denn die Umsetzung der Vollgeld-Initiative führt zu sicherem Geld für alle, einem stabileren Finanzsystem und einer Stärkung der gesamten Volkswirtschaft, insbesondere der Realwirtschaft.

Am 1.11.2016 veröffentlichte der Wirtschaftsverband economiesuisse sein Dossier Politik # 11/2016 "Die leeren Versprechen der Vollgeld-Initiative" (1). Darin warnen die Autoren in dramatischer Sprache vor der Vollgeld-Initiative und versuchen das Schreckgespenst eines Zusammenbruchs des Schweizer Frankens aufzubauen.

Zu diesem Zwecke wird in dem Dossier die Vollgeld-Initiative inhaltlich teilweise falsch dargestellt und verschwiegen dass es Vollgeld (das heisst echtes Geld der Nationalbank) schon immer gab. Auch der neueste Stand der wissenschaftlichen Forschung wird ignoriert und der Schweizerischen Nationalbank wird unverantwortliches und sogar gesetzeswidriges Verhalten unterstellt.

Positiv an dem Dossier ist, dass economiesuisse bestätigt:

- dass alles elektronische Buchgeld von den Banken geschöpft wird:

"Banken schöpfen Buchgeld durch die Vergabe von Krediten" (S.4)

- dass die Vollgeld-Initiative technisch umgesetzt werden kann:

Es werden im Dossier nur vermutete langfristige Auswirkungen kritisiert, die eigentliche Umstellung auf Vollgeld aber für möglich gehalten.

dass Vollgeld-Buchgeld krisensicher ist:

"Weil Zahlungsverkehrskonten ausserhalb der Bilanz geführt würden, ist Vollgeld von Banken Krisen nicht mehr tangiert. Die ausgegebenen Franken sind stets auf dem eigenen Konto vor-

handen und könnten somit jederzeit abgehoben werden. Selbst wenn alle Kunden ihr Vollgeld gleichzeitig abheben wollen, verursacht dies keine Probleme für die Bank." (S.8)

dass durch Vollgeld die faktische Staatsgarantie (TBTF) und bestehende Regulierungen der Banken reduziert werden könnten, was insbesondere kleinere Banken entlasten würde:

Es ist "richtig, dass gewisse bankenspezifische Regulierungen wie der Einlagenschutz auf Sichtguthaben, Staatsgarantien oder sogar Teile der internationalen BCBS-Vorschriften (Basel Committee on Banking Supervision) aufgehoben werden könnten." (S.11)

Negativ an dem Dossier ist:**Economiesuisse stellt die Vollgeld-Initiative zum Teil falsch dar:**

Es stimmt nicht, dass diese nur die schuldfreie Ausgabe von neuem Geld an Bund, Kantone (Möglichkeit 1) oder eine Bürgerdividende (Möglichkeit 2) vorsieht, wie economiesuisse behauptet. Die Vollgeld-Initiative ändert nichts an den bisherigen Möglichkeiten: Die Nationalbank kann nach wie vor Darlehen an Banken (Möglichkeit 3) vergeben oder Auslandsdevisen (Möglichkeit 4) kaufen. Die Vollgeld-Initiative macht auch keinerlei Aussagen über das Verhältnis zwischen diesen vier Möglichkeiten, sondern das entscheidet die Nationalbank im Rahmen ihrer Geldpolitik. Damit bezieht sich die Kritik von economiesuisse gar nicht auf die Vollgeld-Initiative, sondern auf ein selbst ausgedachtes Konstrukt.

Economiesuisse verschweigt, dass es Vollgeld schon immer und überall gab und die Vollgeld-Initiative nichts grundsätzlich Neues will:

Vollgeld in Form von Banknoten, Münzen und Buchgeld der Nationalbank ist das, was in der Bevölkerung unter "Geld" verstanden wird und wofür sich die Schweizer Bevölkerung 1891 in einer Volksabstimmung entschieden hat. Das elektronische Buchgeld der Banken verbreitete sich durch die Einführung des elektronischen Zahlungsverkehrs erst in den letzten Jahrzehnten. Das geschah unmerklich, nach Umfragen sind 80 % der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, das elektronische Buchgeld würde von der Nationalbank erzeugt und nicht von den Banken. Die Vollgeld-Initiative korrigiert diese Fehlentwicklung und verwandelt die heutigen Zahlungsverprechen der Banken zu echtem Vollgeld.

Economiesuisse verbreitet Panik:

Das von economiesuisse aufgeblasene Schreckgespenst eines Zusammenbruchs des Schweizer Frankens könnte nur eintreten, wenn die Nationalbank ihrem gesetzlichen Auftrag "dem Gesamtinteresse des Landes zu dienen" und für "Preisstabilität" zu sorgen, radikal miss-

achten würde und eine abstrus unvernünftige Geldpolitik betreibt. Ein solches Misstrauen von economiesuisse gegenüber der Nationalbank, der Demokratie, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit ist unverständlich.

Economiesuisse steht im Widerspruch zum aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung zu Vollgeld:

Das international renommierte Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG zeigt in einer Metastudie, dass die überwiegende Anzahl der wissenschaftlichen Studien zu einem positiven Ergebnis kommt: Vollgeld führt zu mehr ökonomischer Stabilität und Beschäftigung, zu geringeren öffentlichen und privaten Schulden und zu einer Verhinderung von Inflation. Economiesuisse geht in keiner Zeile darauf ein. (Link zur KPMG-Studie: http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Vertiefung_deutsch/KPMG-MoneyIssuance-2016.pdf)

Economiesuisse stellt die Garantien der bestehenden Einlagensicherung viel zu optimistisch dar:

Selbst bundesnahe Stellen (Schlussbericht der Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie vom 1. Dezember 2014) haben festgestellt, dass die Einlagensicherung im Fall einer grösseren Krise völlig ungenügend wäre.

Economiesuisse - immerhin ein Dachverband der Schweizer Wirtschaft - geht mit keinem Wort auf die Vorteile der Vollgeld-Initiative ein, die sich für die Realwirtschaft ergeben:

Neues Vollgeld wird in Zukunft, wenn es über Bund/Kantone oder Bürgerdividende in Umlauf kommt, immer zuerst in die Realwirtschaft fliessen. Letztlich wird durch Vollgeld mehr Geld in die Real- und weniger Geld in die (überbordende) Finanzwirtschaft fliessen, was Economiesuisse grundsätzlich befürworten sollte.

Im Folgenden berichtigen wir Fehler im Dossier von economiesuisse:

1. Vollgeldreform ist eine zeitgemässe Weiterentwicklung und keine tiefgreifende Veränderung des Geldsystems. Weder den Bankkunden noch den Banken selbst entstehen daraus finanzielle Nachteile.
2. Vollgeld gab es schon immer und gibt es in jedem Staat als Münzen, Banknoten und als Nationalbank-Buchgeld. (Letzteres steht den Bürgerinnen und Bürgern bisher jedoch nicht zur Verfügung, nur den Banken.)
3. Vollgeld ist durch Vermögenswerte in der Bilanz der Nationalbank sowie insbesondere durch die Leistungen unserer Volkswirtschaft gedeckt.
4. Geld muss nicht zwingend auf Schulden basieren.
5. Bankkunden können weiterhin zwischen Girokonten und Sparkonten wählen.
6. Economiesuisse misstraut offenbar der SNB.
7. Mit Vollgeld ist eine Nullinflation möglich.
8. Die Unabhängigkeit der Nationalbank wird mit Vollgeld gestärkt.
9. Eine Reduktion der Geldmenge ist mit Vollgeld genauso möglich wie heute (zum Beispiel durch Verknappung der bestehenden Kredite an die Banken, Verkauf von Wertpapieren, etc.).
10. Die dezentrale Informationsgewinnung für die Kreditvergabe der Banken ist mit Vollgeld genauso möglich wie heute.



FEHLER IM DOSSIER VON ECONOMIESUISSE:

1. Vollgeldreform ist eine zeitgemässe Weiterentwicklung und keine tiefgreifende Veränderung des Geldsystems. Weder den Bankkunden noch den Banken selbst entstehen daraus finanzielle Nachteile.

“Eine Umstellung auf Vollgeld würde das Geldsystem der Schweiz tief greifend verändern.” (Dossier S. 2)

Vollgeld ist keine “tiefgreifende Veränderung” unseres Geldsystem, wie economiesuisse befürchtet, sondern eine zeitgemässe Weiterentwicklung, die es immer wieder gibt. Die Abkehr vom Goldstandard oder die Einführung von Kreditkarten oder des Onlinebankings waren viel grössere Veränderungen. Die neuen Finanztechnologien (Stichworte: Blockchain und direkte “Peer to Peer”-Zahlungen zwischen einzelnen Wirtschaftsteilnehmern) werden weit grössere Auswirkungen auf die Banken haben als die Umstellung auf Vollgeld. Die Vollgeld-Initiative ist auch harmlos im Vergleich zu einigen Massnahmen der Nationalbank der letzten Jahre: Wechsel von Geldmengensteuerung zu Zinssteuerung, Explosion der Geldmenge, Negativzinsen, ausserndes Regulierungswerk, Wechselkursuntergrenzen einführen und schockartig aufheben.

Die Umstellung auf Vollgeld ist planbar und kann in kleinen Schritten vollzogen werden. Dazu sind nur Anpassungen in der EDV und bei rechtlichen Regelungen nötig. Für den einzelnen Bankkunden ändert sich nur sehr wenig, ausser dass das elektronische Geld auf seinem Konto krisensicher wird. Auch für die Banken kann die Umstellung ganz reibungslos und sogar unmerklich verlaufen: Wenn die Nationalbank in der Einführungsphase alle Kreditanfragen der Banken bedient, ändert sich für die Bankenwelt nichts grundsätzliches.

Insbesondere in Zeiten des Null-Zinseszins hat Vollgeld keine direkten finanziellen Auswirkungen für Banken. Denn seit einigen Jahren haben Banken keinen finanziellen Vorteil mehr von der eigenen Geldherstellung. Ob Banken kostenlos selbst Geld schöpfen oder zu Null Prozent Zins von der Nationalbank leihen, macht für sie keinen Unterschied.

Banken können mit Vollgeld gute Gewinne machen. Das zeigt die PostFinance, die heute schon ähnlich wie eine Vollgeld-Bank arbeitet, da sie selbst kein Geld erzeugen kann. Die PostFinance macht jährlich rund 600 Millionen Franken Gewinn. Auch Versicherungen und andere Finanzunternehmen arbeiten rentabel, ohne selbst Geld zu schöpfen.

Da den Banken keine zusätzlichen Kosten entstehen, gibt es für diese auch keinen Grund, durch die Vollgeldumstellung die Bankgebühren zu erhöhen.

Auch für die Bankkunden gibt es keine finanzielle Nachteile. Heute bekommt man auf einem Privatkonto in der Regel keine Verzinsung, zahlt jedoch diverse Gebühren. Wenn das Privatkonto in ein krisensicheres Vollgeld-Konto ohne Verzinsung umgewandelt wird, ändert sich somit kostenmässig wenig. Sparkonten werden auch in einem Vollgeldsystem Zinsertrag abwerfen.

2. Vollgeld gab es schon immer und gibt es in jedem Staat als Münzen, Banknoten und als Nationalbank-Buchgeld.

“Kein anderes Land kennt Vollgeld oder hat dieses System jemals ausprobiert. Die Schweiz stünde als Versuchskaninchen vor einer ungewissen Zukunft.” (S. 6)

Vollgeld heisst, dass alles Geld von der Nationalbank herausgegeben wird und gesetzliches Zahlungsmittel ist. Das ist nichts Neues. Münzen, Banknoten und Buchgeld der Zentralbanken gibt es in allen Staaten. Letzteres steht den Bürgerinnen und Bürgern bisher jedoch nicht zur Verfügung, nur den Banken. Dieses Vollgeld bildet den Kern der Währungen und gibt diesen die notwendige Stabilität und Identität. Das Buchgeld der Banken hat nur Bedeutung, weil sich dieses an die überall bestehenden Vollgeld-Systeme anlehnen kann. Ein UBS-Franken ist für die Kunden nicht so vertrauenswürdig wie ein Schweizer-Franken. Das Bankenbuchgeld wird nur allgemein anerkannt, weil es als Schweizer Franken auftritt, durch die Nationalbank und staatliche Sicherungssysteme gestützt wird und weil man es sich in begrenzter Menge in Banknoten und Münzen auszahlen lassen kann.

Die Schweizer Bevölkerung hat sich schon einmal in einer Volksabstimmung für Vollgeld ausgesprochen: 1891 haben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger das Drucken von Banknoten zum alleinigen Recht des Bundes erklärt (Banknotenmonopol). In der Folge wurde die unabhängige Schweizerische Nationalbank (SNB) gegründet. In den letzten Jahrzehnten wurden Banknoten und Münzen aber durch das elektronische Buchgeld verdrängt. Deshalb will die Vollgeld-Initiative der Nationalbank auch das Erzeugen unseres elektronischen Geldes übertragen und damit das vom Volk ursprünglich gewollte Vollgeld-System wieder herstellen.

Diese Zusammenhänge sind natürlich auch eco-

nomiesuisse bekannt und werden in dem Dossier richtig dargestellt. Für eine Angstpropaganda ist das aber nicht tauglich. Deshalb schreibt economiesuisse einfach, dass keine *“tauglichen Vergleiche vorhanden seien”* (S. 6). Weiter: *“Der oft gezogene Vergleich zum Geldsystem, das Louisiana um die Mitte des 19. Jahrhunderts kannte, hinkt.”* (S. 6) Stimmt, die Situation in Louisiana vor hundert Jahren war natürlich anders wie heute. Wie kommt economiesuisse aber nur darauf, dass dies ein *“oft gezogener Vergleich”* sei? Es gibt eine einzige Stelle wo wir mit einem externen Link auf diesen interessanten, aber sehr unbekanntem Fall aufmerksam machen: <http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen/#c3101>

Economiesuisse schreibt weiter: *“Auch Münzgeld taugt nicht als Beispiel für funktionierendes Vollgeld. Früher lag der innere Wert einer Münze nahe am Nennwert. Heute beträgt der Anteil des Münzgelds an der gesamten Geldmenge weniger als ein Prozent.”* (S. 6) Richtig, in früheren Zeiten erfolgte die Beglaubigung der Münzen nicht nur durch eine staatliche Autorität, sondern auch durch den Materialwert. Dieser war aber nicht immer identisch mit dem Nennwert, weshalb das Münzrecht für Könige, Fürsten, Städte und Kantone eine wichtige Einnahmequelle war. Die frühere Beglaubigung durch den Materialwert der Münzen wurde im Laufe des letzten Jahrhunderts schrittweise durch einen *“Demokratiewert”*, das heisst durch eine gemeinschaftliche Anerkennung, rechtliche Normierung (*“gesetzliches Zahlungsmittel”*) und unabhängige Zentralbanken ersetzt. Heute hat der Materialwert der Münzen kaum noch Bedeutung. Insoweit können heutige Münzen sehr wohl mit Vollgeld ohne Materialwert in Form von Banknoten oder Buchgeld verglichen werden. economiesuisse meint, dass dieser Vergleich nicht zählt, da die Münzen weniger als ein Prozent unseres Geldes ausmachen. Aber warum zieht economiesuisse dann nicht die Banknoten heran, die etwa 10 Prozent ausmachen? Warum wird in dem Dossier nicht auf die Banknoten als Vorbild für Vollgeld eingegangen? Der Grund ist wohl ein simpler Täuschungsversuch: mit dem Hinweis auf die Banknoten würde die Angstmach-

parole *“Kein anderes Land kennt Vollgeld oder hat dieses System jemals ausprobiert”* wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Jeder kennt Banknoten, in früheren Jahrzehnten waren Banknoten sogar das verbreitetste Zahlungsmittel. Das ist wohl der Grund, warum economiesuisse versucht, den Zusammenhang zwischen Banknoten und Vollgeld zu verbergen.

3. Vollgeld ist durch Vermögenswerte in der Bilanz der Nationalbank sowie insbesondere durch die Leistungen unserer Volkswirtschaft gedeckt.

“Dem aus dem Nichts geschaffenen Geld steht keine Sicherheit oder kein Wertpapier gegenüber: Statt Vollgeld handelt es sich um Leergeld.” (S. 1)

“Während dadurch zwar Bank Runs eliminiert werden, würde eine weit grössere Gefahr – ein Run auf die Währung – geschaffen werden. Aktuell führt die SNB auf der Passivseite das Notenbankgeld und auf der Aktivseite einen Mix aus Devisenanlagen, Aktien, Gold und Obligationen. Obschon heute teilweise kritisiert wird, dass die SNB in Euro denominierte Wertschriften in ihren Büchern hält, wäre die Situation unter Vollgeld-Bedingungen ungleich schlimmer. In einem solchen System führt die Nationalbank gar keine Aktiven mehr in ihrer Bilanz. Vollgeld würde als Aktivum definiert und anschliessend an den Staat und die Bevölkerung verschenkt. Es werden somit keine Vermögenswerte erworben, um Vollgeld in Umlauf zu bringen, sondern Vollgeld wird ganz einfach als Vermögenswert definiert.” (S. 8)

“Das Vertrauen in den Schweizer Franken könnte schwinden und in einer panischen Flucht aus dem Franken enden.” (Dossier S. 8)

“Die Vorteile, die sich die Schweiz dank einer stabilen Währung langfristig aufgebaut hat, wären durch Vollgeld massiv gefährdet.” (Dossier S. 8)

Diese Aussagen von Economiesuisse sind eine bewusste Irreführung.

Erstens kann die Nationalbank auch im Vollgeldsystem jederzeit ausreichend Vermögenswerte in ihrer Bilanz haben, damit die Menschen ihr Vertrauen in den Franken behalten.

Zweitens ist auch das schuldfrei in Umlauf gebrachte Geld gedeckt, nämlich durch die Leistungen unserer Volkswirtschaft.

Dass der Begriff des Vollgeldes zu einer Wortspielerei ermutigt ist zwar verständlich, aber Vollgeld als „Leergeld“ zu bezeichnen, deutet auf ein gravierendes Missverständnis hin. Auch das heutige Geld kann weder bei den Banken noch bei der Nationalbank gegen etwas anderes als gegen Banknoten oder Münzen eingetauscht werden. Es gibt keine Möglichkeit, Franken in Gold oder Aktien bei der Nationalbank zu wechseln. Der Wert des Geldes besteht nicht im Wert der Nationalbankaktiven, sondern in der Möglichkeit damit in den Läden einzukaufen, Schulden und Steuern zu bezahlen. Der Wert des heutigen und auch des Vollgeldes beruht auf „Rechtstaatlichkeit“ und ist letztlich eine Vertrauensfrage.

Entscheidend für den Geldwert ist, dass die Geldmenge mit der realen Wirtschaftsproduktion im Einklang ist. Früher setzten die Goldreserven der Geldmenge Grenzen. Dieser Anker existiert nicht mehr. Die Banken können durch Kreditvergabe fast unbegrenzt Geld schaffen und so die Geldmenge aufblähen, was zu Finanzkrisen oder Inflation führen kann. Seit Jahrzehnten wächst die Geldmenge M1 durchschnittlich 8% pro Jahr, die Wirtschaft aber nur 1,4%. Das führte zu einer Inflation von Vermögensgütern (Wertpapiere, Immobilien, Finanzprodukte, etc.) und birgt potentielle Gefahren für eine Inflation der Konsumgüter. Die Banken müssen sich um ihre betriebswirtschaftlichen Themen (Stakeholdervalue) kümmern. Für private Banken ohne gesellschaftlichen Auftrag ist es gar nicht möglich, die Geldmengenkontrolle im Sinn des Gesamtinteresses auszuüben. Das kann nur eine öffentliche, demokratisch legitimierte, transparente Organisation, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Vollgeld behält seine Kaufkraft, weil die Nationalbank durch eine vernünftige Steuerung der Geldmenge die Preisstabilität bzw. Kaufkraft gewährleisten kann.

Gleichwohl gibt es bei vielen Menschen das Bedürfnis, dass die Zentralbank „reale Werte“ in

der Bilanz hat. Das zeigte sich zum Beispiel bei der Abstimmung über die Goldinitiative 2014. Der Nationalbank ist dieses Bedürfnis bekannt und es ist ihr auch bewusst, dass dieses Bedürfnis geachtet werden muss, um das Vertrauen in die Währung zu erhalten. (siehe z.B. den Vortrag von Thomas Jordan, "Braucht die Schweizerische Nationalbank Eigenkapital?" in Basel, 28.09.2011) Dies wird deshalb ein Faktor sein, den die SNB berücksichtigt, wenn Sie die Menge an schuldfrei ausbezahlten Geld festlegt, womit keine Aktiven in der SNB-Bilanz gebildet werden.

Die Umstellung auf Vollgeld bedeutet konkret, dass die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Banken an die Kunden (= Guthaben auf Privatkonten) durch Verbindlichkeiten der Banken an die Nationalbank ersetzt werden. Die Aktivseite der Nationalbankbilanz wächst entsprechend. In Zukunft hat die Nationalbank die Möglichkeit neue Franken wie bisher in Form von Darlehen an Banken, Kauf von Auslandsdevisen und Wertschriften oder neu durch schuldfreie Auszahlung an Bund, Kantone oder eine Bürgerdividende in Umlauf zu bringen. Bei der Wahl dieser Wege muss die Nationalbank viele zum Teil widersprüchliche Faktoren berücksichtigen und versuchen, einen goldenen Mittelweg zu finden:

- Wenn ein überbewerteter Franken geschwächt werden soll, dann sollte die SNB neues Geld für zusätzliche Devisenkäufe verwenden.
- Wenn die Banken dringenden Geldbedarf haben, dann sollte die SNB diesen neues Geld als Darlehen vergeben.
- Wenn eine Gefahr von Finanzblasen oder Inflation besteht, dann müsste die SNB die Vergabe von neuem Geld entsprechend drosseln.
- Damit Geld direkt in der Realwirtschaft ankommt und diese fördert, sollte die SNB Geld schuldfrei via Bund, Kanton oder Bürger auszahlen.

In der Praxis wird die Menge an schuldfrei ausbezahlten Geld so gering sein, dass dies im Verhältnis zu den Aktiven in der Nationalbankbilanz kaum auffällt, auch wenn sie die schuldfreie

Auszahlung über Jahre wiederholt. Angenommen, die SNB bezahlt jedes Jahr 5 Milliarden SFr. schuldfrei aus (die heutige Gewinnausschüttung der SNB ist 1 Milliarde SFr.), so wären das ein Prozent der gegenwärtigen Bilanzsumme. Wie das zu einem Vertrauensverlust und "panischen Flucht aus dem Franken" führen soll, wie *economiesuisse* befürchtet, ist ziemlich unverständlich.

Andererseits: Wenn schuldfrei ausbezahltes Geld wirklich den Schweizer Franken schwächen würde, wie *economiesuisse* meint, dann sollte die Nationalbank dieses Instrument in entsprechendem Masse nutzen, anstatt durch Negativzinsen die Sparer und Pensionskassen zu belasten!

Jedoch ist diese Wirkung ungewiss. In der Diskussion wird oftmals gegenteilig ein stärkerer Franken durch Vollgeld befürchtet, da dieser noch sicherer als heute wird. Tatsächlich gibt es aber keine direkten bzw. zwingenden Auswirkungen einer Vollgeldreform auf den Wechselkurs, alle Spekulationen dazu sind ein Blick in die Glaskugel.

4. Geld muss nicht zwingend auf Schulden basieren.

Die Frage der Werthaltigkeit des Geldes nimmt eine zentrale Rolle in der Argumentation von *economiesuisse* ein, deshalb wollen wir darauf genauer eingehen.

Wichtig hierbei ist, dass die Vollgeldreform keine Entscheidung gegen Aktiven in der Nationalbankbilanz ist. Dies ist weiterhin möglich, womit alle Menschen, die der Ansicht sind, dem umlaufenden Geld müsse immer auch eine Schuld gegenüberstehen, befriedigt werden können.

Zusätzlich wird die Möglichkeit eröffnet, dass die Nationalbank neues Geld schuldfrei – über den Bund bzw. Kantone und/oder als Bürgerdividende – in Umlauf bringt. In welchem Umfang das geschieht, muss die Nationalbank entscheiden. Konkret bedeutet dies, dass die Nationalbank dem Bund und/oder den Bürger/innen eine bestimmte Summe überweist, ohne dass damit eine Zins- oder Rückzahlungspflicht verbunden ist und Kreditforderungen in der Aktiva der Nationalbankbilanz entstehen.

Die Frage lautet nun: Trifft es zu, dass die Werthaltigkeit des Schweizer Frankens von der Höhe und der Qualität der Aktivseite der Geschäftsbanken bzw. der Nationalbank abhängig ist? Oder haben die Vertreter der Vollgeld-Initiative Recht, wenn sie sagen, dass eine schuldfreie Ausgabe von werthaltigem Geld auch möglich sei?

Verschiedene Beobachtungen und einige ganz pragmatische Überlegungen führen zum Ergebnis, dass ein wertbeständiges Geld keine Schulden bedingt:

- Wenn die Qualität der SNB-Aktiven einen Einfluss auf den Wert des Schweizer Frankens hätte, dann müssten hohe Gewinne der Nationalbank (die meistens aus den Bewertungen dieser Aktiven entstehen) zu einem höheren Wert, d.h. einer höheren Kaufkraft des Schweizer Frankens führen. Umgekehrt müssten Verluste der SNB zu einer niedrigeren Kaufkraft des Schweizer Frankens führen. Ein solcher Zusammenhang wurde bisher aber noch nie behauptet – denn diesen Zusammenhang gibt

es nicht.

- Wenn die Qualität der Bank-Aktiven einen Einfluss hätte, dann müsste bei hohen Bankverlusten oder bei Immobilienkrisen die Kaufkraft des Schweizer Frankens sinken. Aber weder in der Immobilienkrise in den 90er Jahren (mit Abschreibungen von rund 40 Milliarden bei den Banken und der Rettung verschiedener Kantonalbanken durch den Steuerzahler) noch bei der UBS-Rettung hatten diese Ereignisse einen Einfluss auf die Wertbeständigkeit des Schweizer Frankens.

- Auch die Tatsache, dass trotz bilanzierter Gegenwerte eine Inflation (oder Deflation) entstehen kann, zeigt dass schuldenbasiertes Geld keineswegs werthaltig ist bzw. bleibt.

- Bei historischen Goldtalern oder Silbermünzen waren es nicht Schulden, welche diese Münzen wertvoll machten. Es waren vielmehr die Knappheit dieser Metalle, die Arbeit zu ihrer Gewinnung und letztlich auch das Siegel der Könige oder Kantone, welche diesen Münzen ihren Wert verliehen. Aber eine Deckung durch Schulden gab es dabei nicht.

- Bei den heutigen Schweizer Münzen ist es nochmals etwas anders: Diese werden vom Bund bzw. der Eidgenössischen Münzstätte an die Nationalbank zu ihrem Nennwert verkauft. Da die Herstellungskosten der Münzen aber deutlich unter ihrem Nennwert liegen, entsteht dabei ein Gewinn. Rund zwei Drittel dieser Gewinne werden als Rückstellung zurückgehalten: Einerseits für den Ersatz schadhafter Münzen. Andererseits aber auch für den Fall, dass diese Münzen eines Tages zurückgenommen und dafür Banknoten oder Buchgeld ausbezahlt werden müssen. Eine solche Rückstellung wäre unnötig, wenn der Bund bzw. die SNB auch die Banknoten und das Buchgeld selbst in Umlauf bringen könnten. Fazit: Ein grosser Teil der Münzen werden in der Schweiz in Umlauf gebracht, ohne dass jemand dafür eine Schuld

eingehen muss. In absoluten Zahlen sind die Münzen natürlich nicht sehr bedeutsam, aber hier geht es um die prinzipielle Frage, ob die Bilanzierung von Schulden für die Geldschöpfung unabdingbar sind.

- Auch ein weiteres, sehr modernes Geld kommt ohne Schulden aus: Bitcoin. Der Wert dieser Internet-Währung entsteht vor allem aufgrund der Gewissheit, dass die Menge an Bitcoins begrenzt ist. Am Ursprung der Schöpfung von Bitcoins stehen sehr komplexe Computerberechnungen, aber bilanzierte Schulden sind damit nicht verbunden.

All diese Beispiele zeigen, dass für die Schaffung bzw. Werthaltigkeit von Geld keine Schulden in der Bilanz notwendig sind. Die wirkliche Basis für die Wertbeständigkeit des Geldes sind eine angemessene Knappheit und das Vertrauen, das eigene Geld für den Kauf von Gütern und die Begleichung von Schulden und Steuern jederzeit verwenden zu können. Dieses Vertrauen wiederum basiert auf einer funktionierenden Rechtsordnung, einem stabilen politischen System, einer unabhängigen Notenbank – kurz: auf einer funktionierenden Gesellschaft. Aber mit den Schulden, die im heutigen System der Geldschöpfung zugrunde gelegt werden, hat die Qualität des Geldes nichts zu tun.

Dass dem Bankensystem, dessen Geschäft die Kreation und Verwaltung von Schulden ist, ein Geldschöpfungsprozess durch Schulden gefällt, ist verständlich. Von Organisationen der Realwirtschaft und der Wissenschaft sollte aber eine unbefangene Sicht der Dinge verlangt werden können.

5. Bankkunden können weiterhin zwischen Geldkonten und Sparkonten wählen.

“Damit Zahlungs- und Sparkonten klar getrennt sind, sieht die Initiative vor, dass die Nationalbank eine Mindesthaltedauer für Spareinlagen (zum Beispiel drei Monate) festlegt. Dies wird dazu führen, dass gerade liquiditätsintensive Unternehmen vermehrt das zinslose und gebührenpflichtige Zahlungskonto wählen müssen, um nicht in Liquiditätsengpässe zu geraten. Ein unerwarteter, kurzfristiger Liquiditätsbedarf würde zukünftig sowohl die Wirtschaft als auch Privatpersonen vor grosse Probleme stellen. Erleidet das eigene Auto aufgrund eines Unfalls einen Totalschaden, wird eine Neuanschaffung nur durch die Aufnahme eines Kredits möglich, wenn auf dem Zahlungskonto zu wenig Geld vorhanden ist. Es wäre deswegen nötig, für allerlei Eventualitäten Rückstellungen auf dem Zahlungskonto zu bilden, um jederzeit liquid zu bleiben.” (S. 10)

Die von economiesuisse beschriebene Situation besteht heute auch, denn auf Spar- und anderen Anlagekonten bestehen immer Kündigungsfristen für den Rückzug grösserer Beträge. Man kann eben nicht alles gleichzeitig haben, sondern muss sich mit oder ohne Vollgeld zwischen täglicher Verfügbarkeit und Zinsertrag entscheiden.

Es gibt aber gar keinen Grund, warum die SNB eine 3 monatige Kündigungsfrist für Spareinlagen verfügen sollte, wie economiesuisse annimmt. Grundsätzlich ist eine kurze Laufzeit von Sparkonten unproblematisch, denn die Bank muss bei Ablauf echtes Geld bereithalten. Problematisch wird es erst, wenn mit Sparkonten-Guthaben ein Zahlungsverkehr beginnt und diese als Geldersatz verwendet werden. In diesem Fall müsste die Nationalbank mit Fristen eingreifen.

6. Economiesuisse misstraut offenbar der SNB.

*“Geht das Vertrauen in den Franken verloren, könnte eine Flucht in andere Währungen einsetzen. So könnte sich beispielsweise der Euro als Zahlungsmittel in der Schweiz etablieren.”
(Dossier S. 11)*

Die Annahme, dass der Schweizer Franken als Vollgeld innerhalb der Schweiz an Vertrauen verlieren könnte, ist sehr abenteuerlich. Allein durch die Vorschrift, dass Steuern und Abgaben in Schweizer Franken zu bezahlen sind, hat der Schweizer Franken einen grossen Vorteil gegenüber allen anderen Währungen. Und wieso sollte die SNB eine Geldpolitik machen, die den Schweizer Franken und sich selbst überflüssig macht? Hält economiesuisse die SNB für verantwortungslos und unfähig?

Diesen Eindruck bekommt man auch bei anderen Aussagen von economiesuisse zur Vollgeld-Initiative, die der Nationalbank die Schöpfung unseres Buchgeldes überträgt:

“Es handelt sich um ein weltweit beispielloses Hochrisikoexperiment.”

“Die Umstellung auf Vollgeld könnte unabsehbare Folgen haben und das Wachstum und den Wohlstand in der Schweiz gefährden.”



7. Mit Vollgeld ist eine Nullinflation möglich.

“Die Initiative ist unverantwortlich: Sie verhindert zwar Bank Runs auf Sichtguthaben, gefährdet aber die Preisstabilität und riskiert eine Währungs Krise.” (S 1)

Die Nationalbank hat im Vollgeldsystem die effektive Kontrolle über die Geldmenge. Sie kann Spekulationsblasen und Preisinflation wirkungsvoll vorbeugen bzw. justierend eingreifen, indem sie die Geldmenge in Übereinstimmung mit dem realwirtschaftlichen Entwicklungspotenzial steuert. Die Metastudie des international renommierten Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG “Money Issuance” zeigt, dass alle wissenschaftlichen Studien zu dem Ergebnis kommen, dass durch eine Vollgeldreform Inflation vermieden wird. Die Studie des IWF („Chicago Plan revisited“) zeigt, dass mit Vollgeld sogar eine “monetäre Nullinflation” möglich ist.

8. Die Unabhängigkeit der Nationalbank wird mit Vollgeld gestärkt.



“Gratisgeld schafft Begehrlichkeiten. Dies gefährdet die Unabhängigkeit der Nationalbank und ihr wichtigstes Ziel: die Preisstabilität.” (S. 13)

“Das volkswirtschaftliche Experiment Vollgeld kann böse enden. Erstens würde die SNB früher oder später grosse Schwierigkeiten haben, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Ansprüche an Gratisgeld würden rasch wie ein gut gefüllter Ballon ansteigen und ins Uferlose wachsen.” (S. 14)

Economiesuisse hat offensichtlich eine sehr schlechte Meinung von unseren demokratischen Gremien in Bund und Kantonen. Ein Vertrauen in die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat scheint kaum vorhanden. Der Nationalbank traut economiesuisse nicht zu, dass sie ihre Aufgaben wenigstens so unabhängig ausübt, wie man es jedem Gericht ganz selbstverständlich zutraut. Beim Lesen des Dossiers hat man nicht den Eindruck, dass economiesuisse ein Dachverband der Wirtschaft in der Schweiz ist. Es hört sich eher nach einem Wirtschaftsverband eines Entwicklungsland mit viel Korruption und ohne funktionierende Gewaltentrennung oder gar mit diktatorischen Hintergrund an ...

Zur Unabhängigkeit der Nationalbank mit Vollgeld ist Folgendes zu sagen:

- Die Nationalbank steht schon immer und auch heute unter grossem politischem Druck und muss damit umgehen. In den letzten Jahren bewies sie ihre Unabhängigkeit insbesondere gegenüber den Begehrlichkeiten der Kantone im Zusammenhang mit den SNB-Ausschüttungen oder auch betreffend ihren Abwägungen im Gesamtinteresse bei Frankenstärke oder Finanz- bzw. Banken Krisen.

- Die Nationalbank ist von der Regierung und der Wirtschaft unabhängig wie die Justiz. Klare gesetzliche Vorgaben bestimmen ihr Handeln, sie darf von keiner Instanz Weisungen entgegennehmen. Ein politischer Auftrag von Parlament oder Bundesrat an die SNB, im Interesse

der Bundesfinanzen neues Geld zu schaffen, ist damit ausgeschlossen. Auch wirtschaftspolitische Begehrlichkeiten darf sie nicht bedienen.

- Nach dem Initiativtext der Vollgeld-Initiative bleibt die SNB unabhängig wie ein Gericht und ist nur dem Gesetz verpflichtet. Im Vergleich zu heute wird die Unabhängigkeit der SNB verfassungsrechtlich sogar explizit gestärkt.

- Die SNB wird neues Geld nur als Folge ihrer selbständigen Geld- und Währungspolitik schaffen. Die Geldpolitik der Nationalbank muss dem “Gesamtinteresse des Landes” dienen, sie “steuert die Geldmenge”, “gewährleistet die Preisstabilität” und “sorgt dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht”. Kredite der Nationalbank an den Staat sind auch heute gesetzlich verboten.

- Seit ihrer Gründung 1907 arbeitet die Nationalbank seriös und zuverlässig. Es ist absurd zu unterstellen, sie würde plötzlich damit beginnen, Gesetze zu brechen.

- Grundsätzlich gilt: Viele öffentliche Einrichtungen sind der Beeinflussung durch Interessengruppen ausgesetzt. Das gilt für alle Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Gewerbeaufsicht, das Kartellamt oder die Bauämter genauso wie für die Nationalbank. Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass in der öffentlichen Verwaltung daran gearbeitet wird, im Rahmen der Gesetze das Allgemeinwohl zu fördern.

- Die Vollgeldreform beschränkt die Zuständigkeit der SNB auf die Bereitstellung der Geldmenge durch Kredite an Banken sowie schuldfreie Auszahlung an Bund, Kantone und Bürgerinnen und Bürger. Wie dieses zusätzliche Geld dann verwendet wird, darüber entscheidet nicht die SNB, sondern die jeweils zuständigen Gremien. Dass es hier politische Auseinandersetzungen gibt, ist demokratisch gerechtfertigt und üblich.

- Insbesondere bei einer Verteilung direkt an die Bürger ist nicht einzusehen, weshalb dies zu einer Verpolitisierung der Nationalbank beitragen

würde. Jeder Bürger wäre froh, hin und wieder einen kleinen Zustupf von der SNB zu erhalten, und einen Anspruch könnte er daraus sicher nicht ableiten.

- Weitere Details der Verteilung der Geldschöpfungserlöse müssen nach der Annahme der Vollgeld-Initiative in der Ausführungsgesetzgebung geregelt werden. Um politische Begehrlichkeiten einzudämmen, könnte darin bestimmt werden, dass Bund und Kantone Auszahlungen der SNB nur für den schrittweisen Schuldenabbau verwenden dürfen. Bund, Kantone und Gemeinden haben total ca. 220 Mia SFr. Schulden. Das Geld ist schon ausgegeben und weckt bei der Schuldentilgung keine neuen Begehrlichkeiten, da die existierende Schuldenbremse eine Neuverschuldung weitgehend verhindert. Darüber hinausgehende Geldschöpfungserlöse könnten ausschliesslich per Bürgerdividende in Umlauf gebracht werden, wie es bei der CO₂-Rückerstattung (via KK-Prämien) bestens erprobt ist. Dies wäre ökonomisch die effektivste Zuteilungsmethode von zusätzlichen Zahlungsmitteln und brächte politisch die geringste Druckmöglichkeit auf die SNB.

- Zu beachten ist hier auch, dass die Menge des schuldfrei ausbezahlbaren Geldes auf die Geldmenge beschränkt ist, die langfristig in jedem Fall von der Schweizer Wirtschaft benötigt wird. Das liegt bei etwa 50% der aktuell umlaufenden Geldmenge (zwischen 200 bis 300 Mia SFr.). Die SNB wird also weiterhin einen Grossteil des Geldes jeweils durch rückzahlbare Bankkredite in Umlauf bringen.

- Tatsächlich schränkt die Vollgeld-Initiative die Staatsfinanzierung durch willkürliche Geldschöpfung stark ein. Heute bekommt der Staat von den Banken problemlos Geld, das sie zu diesem Zweck und aus Profitinteresse mittels Kreditvergabe zusätzlich beinahe unbegrenzt herstellen können. Das geht in Zukunft nicht mehr. Die Banken können nur noch das Geld verleihen, das ihnen der Markt in Form von Einlagen oder die Nationalbank in Form von konjunkturgerecht verzinsten Krediten zur Verfügung stellt.

9. Eine Reduktion der Geldmenge ist mit Vollgeld genauso möglich wie heute.

„Im Vollgeldsystem könnte die Nationalbank nicht mehr wie heute die Geldmenge reduzieren, indem sie ausländische Devisen verkauft oder den Mindestreservesatz erhöht. Stattdessen müsste der Bund mit einer Vollgeldsteuer zu Hilfe eilen, um so das ursprünglich als Geschenk verteilte Geld wieder aus dem Verkehr zu ziehen.“ (Dossier, S. 14)

Diese Aussage ist eine bewusste Irreführung. Um die Geldmenge zu reduzieren kann die Nationalbank nämlich auch mit Vollgeld jederzeit Darlehen an Banken auslaufen lassen oder Devisen und Wertpapiere verkaufen. Die Nationalbank wird niemals die gesamte Geldmenge schuldfrei in Umlauf bringen.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der „Modalsplit“ wie die Nationalbank neues Geld in Umlauf bringt: Über Bund und Kantone, Bürgerdividende oder eben über Darlehen an Banken und den Kauf von Wertpapieren, Gold oder Devisen. Wenn die Nationalbank davon ausgeht, dass mittel- und langfristig der Geldbedarf hoch und stabil ist, wird sie mehr Geld über den Bund und die Kantone oder über die Bürgerdividende in Umlauf bringen. Geht sie aber davon aus, dass der Geldbedarf schwankt und zeitweise etwas reduziert werden muss, wird sie den Weg über die Banken oder Wertpapiere wählen. Im Extremfall könnte sie auch weiterhin alles Geld - mit den heutigen Instrumenten - über die Banken in Umlauf bringen.

Generell ist davon auszugehen, dass in der Schweiz (wie die letzten Jahre vor der Finanzkrise 2008 gezeigt haben) etwa eine Geldmenge von ca. 300 Milliarden unbedingt und auch langfristig benötigt wird. Seither ist die Geldmenge M1, um welche es in der Vollgeld-Initiative geht, aufgrund der Unsicherheiten der Finanzmärkte, Devisenkäufen und weiterer Gründe bis auf über

500 Milliarden angestiegen. Das heisst, die Nationalbank wird also in den nächsten Jahrzehnten nie mehr als 300 Milliarden Franken schuldfrei an Bürger und oder Staat übergeben. Alles darüberliegende wird sie durch Bankenkredite oder Wertpapier- und Devisenkauf in Umlauf bringen, um kurzfristig dieses Geld wieder „absaugen“ zu können.

10. Die dezentrale Informationsgewinnung ist mit Vollgeld genauso möglich wie heute.

“Die ideale Geldmenge würde künftig nicht mehr durch viele Akteure, sondern allein durch die Nationalbank ermittelt. Die Gefahr von Fehlentwicklungen nimmt damit zu.” (S. 14)

Die Nationalbank hat bereits heute die Aufgabe die Geldmenge zu steuern. Economiesuisse übersieht in ihrer Beurteilung, dass die Initiative explizit weiterhin Darlehen der Nationalbank an die Geschäftsbanken vorsieht. Damit wird die ideale Geldmenge nicht allein von der Nationalbank, sondern weiterhin in Zusammenarbeit mit den Bedürfnissen der Wirtschaft ermittelt.

Die Nationalbank erfasst heute und zukünftig die volkswirtschaftlichen Daten, hat die besten Statistiken und damit den Überblick über das Geschehen am Finanzmarkt und in der Wirtschaft. Sie verfügt über alle Informationen, die sie braucht, um die für die Wirtschaft erforderliche Geldmenge zu schöpfen. Zudem ist sie dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtet.

Die Nationalbank beobachtet die Wirtschaft und die Finanzmärkte täglich und kann deshalb ihre Geldpolitik laufend anpassen. Sie bleibt dazu in einer fortlaufenden Rückkopplung von Erwartung und Wirklichkeit flexibel, so wie jeder Unternehmer und jeder sonstige Wirtschaftsteilnehmer auch. Banken, Unternehmer und andere Marktteilnehmer können ja auch niemals genau wissen, was die Zukunft bringt. Automationsingenieure und Regelungstechniker verstehen es, sehr komplizierte Prozesse zu regeln, obwohl auch sie die in der Zukunft auftretenden Einflüsse auf den Prozess nicht kennen. Die Nationalbank hat für ihre flexiblen geldpolitischen Regulierungen insbesondere mit Vollgeld die geeigneten Steuerungsmöglichkeiten.



Die Nationalbank kümmert sich nur um die Geldmenge und nicht um einzelne Kreditvergaben. Deshalb fallen aber die Informationen des Finanz- und Kapitalmarktes in einem Vollgeldsystem nicht weg. Diese Märkte funktionieren weiter und bilden Risikoeinschätzungen und Preise. Und falls Banken Geld für Kreditvergaben fehlt, werden sie bei der Nationalbank um Geld nachfragen. Das heisst, dass letztlich auch zukünftig alle wesentlichen Informationen bei der Nationalbank landen und keine Erkenntnisse der Kapitalmärkte verloren gehen.

11. Als Fazit eine Frage:

Wieso soll ein System,
in dem ausschliesslich echtes, vorhandenes Geld verwendet wird,
in dem derjenige, der Geld verleiht, dieses auch haben muss,
in dem keiner der Wirtschaftsteilnehmer selber eigenes Geld herstellen darf,
in dem eine demokratisch legitimierte, transparente, dem Gesamtinteresse verpflichtete Institution das Geld herstellt...

- ...ein gigantisches Experiment mit ungewissem Ausgang sein?
- ...das Vertrauen in unser Geld erschüttern?
- ...volkswirtschaftliche Schäden von enormem Ausmass hervorrufen?
- ...den Schweizerfranken destabilisieren?

Anmerkungen:

(1) Das Dossier von economiesuisse finden sie hier: <http://www.economiesuisse.ch/de/dossiers/die-leeren-versprechen-der-vollgeld-initiative>